

SPD demokratischer pressediens

P/XXX/130

14. Juli 1975

Die KSZE ist ein Entspannungselement

Fakten zur Information der CDU/CSU-Opposition

Von Alfons Pawelczyk MdB
Vorsitzender des Bundestags-Unterausschusses für Ab-
rüstung und Rüstungskontrolle

Seite 1 / 43 Zeilen

Rabins "guter Besuch" in der Bundesrepublik

Kritisches Fazit des deutsch-israelischen Gesprächs

Von Heinz Westphal MdB
Mitglied des SPD-Fraktionsvorstandes im Bundestag und
Präsident der deutsch-israelischen Gesellschaft

Seite 2 bis 4 / 104 Zeilen

Der bodenlose Unsinn des Hans Filbinger

Zur Stuttgarter Kritik an der Bundesbaugesetznovelle

Von Peter Conradi MdB
Mitglied des Bundestagsausschusses für Raumordnung,
Bauwesen und Städtebau

Seite 5 und 6 / 59 Zeilen

Pressfreiheit und Zensur in Portugal

Zu den Auseinandersetzungen um die Zeitung "Republica"

Von Dr. Klaus-Detlef Funke
Mitglied der Medienkommission beim Vorstand der SPD

Seite 7 und 8 / 82 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

5300 Bonn 10, Hausallee 8-10
Postfach: 120 408
Postfach 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 89 37 - 38
Telefax: 02 86 848 - 48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 66 11

Die KSZE ist ein Entspannungselement

Fakten zur Information der CDU/CSU-Opposition

Von Alfons Pawelczyk MdB

Vorsitzender des Bundestags-Unterausschusses
für Abrüstung und Rüstungskontrolle

Der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß läßt, wie schon mehrfach in der Vergangenheit, die Außen- und Deutschlandpolitik der Bundesregierung über die ihm willfährige bayerische CSU-Landesregierung angreifen. Die CDU-regierten Länder sind ihm dazu noch nicht aggressiv genug. Am 11. Juli 1975 hatte sich der Bundesrat mit einem Entschließungsantrag der bayerischen CSU-Landesregierung zur Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) zu beschäftigen. Der Antrag wurde von Staatssekretär Dr. Seidel begründet; angeblich ist der zuständige bayerische Landesminister Dr. Heubl aus Verärgerung der Sitzung ferngeblieben, weil der Entschließungsantrag ohne seine Mitwirkung entstanden ist.

Verärgerung ist am Platz, allerdings aus einem ganz anderen Grunde. Der CSU-Entschließungsantrag ist auf Konferenzunterlagen aufgebaut, die den Verhandlungsstand von Mitte Juni 1975 beschreiben. Es wurden also Texte benutzt, die überhaupt noch nicht endgültig zwischen den 35 Teilnehmerstaaten abgestimmt waren. Das heißt, vertrauliche Unterlagen aus laufenden Verhandlungen wurden in Form eines Entschließungsantrages der bayerischen Landesregierung veröffentlicht. Damit wird zweierlei bewiesen:

- 1/ Die Opposition ist entgegen ihren Behauptungen über die laufenden Verhandlungen informiert;
- 2/ sie verletzt, wie schon bei der Vorbereitung der Ostverträge, absichtlich die Position des westlichen Lagers.

Zum Inhalt möchte ich an die Adresse der Opposition zum xtenmal wiederholen:

- 1/ Die KSZE ist keine Ersatzfriedenskonferenz über Deutschland;
- 2/ die völkerrechtliche Lage Deutschlands und Berlins wird nicht verändert;
- 3/ eine Rechtswahrungsklausel wird sicherstellen, daß die Konferenztexte bestehende Rechte und Verpflichtungen sowie Verträge und Abkommen nicht berühren werden;
- 4/ bei dem KSZE-Abschlußergebnis wird es sich um politisch-moralische Absichtserklärungen handeln, nicht um völkerrechtlich wirksame Verträge; die KSZE-Ergebnisse werden ein Maßstab sein, an dem alle 35 Staaten ihre Entspannungsbereitschaft messen lassen müssen. Es ist ein Erfolg der KSZE, daß alle beteiligten Staaten diesen Maßstab akzeptiert hatten.
- 5/ Alle Konferenzergebnisse gelten für den geographischen Anwendungsbereich Europas; also selbstverständlich auch für Berlin;
- 6/ das Recht aller Staaten, Grenzen friedlich und einvernehmlich in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht zu verändern, wird ausdrücklich bestätigt; die Interessen unseres Landes wurden bisher an keiner Stelle verletzt.

Unsere außenpolitische Situation und die Europas ist durch die Entspannungspolitik der sozialliberalen Koalition seit 1969 verbessert worden. In diesem zugegebenermaßen mühsamen und langwierigen Prozeß bildet die KSZE ein weiteres positives Element.

(-/14.7.1975/bgy/pr)

+ + +

Rabins "guter Besuch" in der Bundesrepublik

Kritisches Fazit des deutsch-israelischen Gesprächs

Von Heinz Westphal MdB

Mitglied des SPD-Fraktionsvorstandes im Bundestag und
Präsident der deutsch-israelischen Gesellschaft

Es waren keine überschwänglichen Worte, die Premierminister Jitzek Rabin und auch Bundeskanzler Helmut Schmidt benutzten, um ihre Gespräche während des ersten Besuchs eines amtierenden israelischen Ministerpräsidenten in der Bundesrepublik Deutschland zu werten. Ein so bedeutungsvolles Ereignis - trug es schon Züge der Routine, nachdem der israelische Außenminister Allon in diesem Jahr bereits zweimal bei uns gewesen war? Haben die Journalisten der deutsch-israelischen Begegnung die inhaltliche Besonderheit genommen, weil sie nur auf das angehängte Treffen Rabins mit dem auf Europa-Reise befindlichen amerikanischen Außenminister Henry Kissinger starrten, von dem jeder vorher sagen konnte, daß es nur ein Glied in der Kette des harten Ringens um ein zweites Interimabkommen zwischen Israel und Ägypten werden konnte? "Es war ein guter Besuch", sagte Jitzek Rabin; ein gutes Wort der nüchternen Betrachtung, bei dem Erwartung und Ergebnis ohne Überschwang zum Zusammenklang gebracht wurden. Beide Seiten unterlassen es seit einiger Zeit, die Charakterisierung ihrer Beziehungen mit besonderen Adjektiven zu belegen.

Doch es gibt zumindest zwei sehr leicht erkennbare Punkte, an denen deutlich wird, daß Israel von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland hinsichtlich der Einstellung zum Nah-Ost-Konflikt und des Engagements für die Berücksichtigung israelischer Interessen mehr erwartet als von anderen westeuropäischen Ländern:

Das kam in Bonn zum Ausdruck, als Rabin der deutschen Formel von der ausgewogenen Politik seinen Satz von der erwünschten "more balanced policy towards the Middle East" gegenüberstellte. Diese Forderung nach einem "Mehr an Ausgewogenheit" enthält den kritischen Hinweis auf die Entschliessung der EG-Außenminister vom Öl-Krisenmonat Oktober 1973, in der von Israel der Rückzug auf die Grenzen von 1967 vor dem Sechs-Tage-Krieg verlangt wird, die Rabin - wie er in Bonn sagte - nicht als verteidigungsfähig ansieht. Der Premier hat dies mit dem Hinweis untermauert, daß selbst diejenigen Regierungen, die Israel diese Grenzen aufzwingen wollen, diese wohl nicht für sicher ansehen, denn sie halten gleichzeitig internationale Garantien dieses Grenzverlaufs für notwendig. - Es wäre hilfreich für beide Seiten des Konflikts, wenn sie klar wüßten, daß die Deutschen das Element der Grenzkorrekturen aus Sicherheitsaspekten nicht aus ihrer Betrachtung ausklammern.

Der zweite erkennbare Punkt einer unterschiedlichen Betrachtung liegt in der von Rabin deutlich unterstrichenen Warnung, sich nicht (erneut) von den Öl-Mächten des Nahen Ostens mit der Androhung eines Öl-Lieferungsboykotts erpressen zu lassen. Mit dem die israelische Einstellung kennzeichnenden Satz "Öl ist nicht so wichtig wie Blut" verband Rabin den Hinweis auf das Beispiel seines Landes, das bereit sei, die Ausbeutung des Sinai-Ölfeldes von Abu Rodheia wieder den Ägyptern zu überlassen, obwohl Israel

zur Zeit dort 60 vH seines Bedarfs an Öl deckt. Wichtiger aber ist noch der langfristige Aspekt: Es darf nicht dazu kommen, daß die arabischen Staaten jede künftig getroffene Teil- oder Gesamtlösung des Nah-Ost-Konflikts zu jeder ihnen passenden Zeit dadurch wieder unterlaufen können, daß sie, um Veränderungen in ihrem Sinne zu erreichen, einfach an der Ölschraube drehen und damit westlichen Druck auf israelisches Nachgeben bewirken. Es ist eben leider nicht auszuschließen, daß auf diesem Wege auch die Forderung nach Auslöschung der israelischen Existenz erneut vorangerieben wird.

Nun wird Helmut Schmidt neben der klaren Aussage, daß wir zum Existenzrecht Israels stehen, und dem Hinweis auf die ständige Bemühung, Israels Lebens- und Entwicklungsmöglichkeiten durch deutsche und vor allem von uns geförderte europäische wirtschaftliche Hilfen zu unterstützen, dazu verdeutlicht haben, wie sehr wir durch verstärkte Nutzung eigener Primärenergie, durch Energieproduktion aus Atomkraftwerken, durch Forschungsförderung für neue Technologien der Energieerschließung und nicht zuletzt durch Vorbereitung auf dauerhafte Abmachungen zwischen Öl-Erzeuger- und Öl-Verbraucher-Ländern darum bemüht sind, die nun einmal gegebene Abhängigkeit unserer Wirtschaftsentwicklung vom arabischen Öl zu verringern. Da geschieht viel. Es bleibt aber die Notwendigkeit des klar ausgesprochenen Willens, sich keinem Öl-Diktat zu beugen.

Die Tatsache, daß das Thema Selbstbestimmungsrecht der arabischen Palästinenser während der Tage des Rabin-Besuchs in Bonn fest gar nicht angesprochen wurde, hat sich die PLO zuzuschreiben. Die Bombe, die in der vorvergangenen Woche in Jerusalem das Leben von 14 Menschen auslöschte und für die Arafats PLO sich verantwortlich erklärte, hat auch die Fragen an den israelischen Regierungschef hinweggefegt, wie er zu diesem Problem steht. Jeder konnte sich dies selbst beantworten. Und doch wird Israels Regierung nicht umhin können, hierbei konstruktiv zu werden. Nicht Arafat, nicht die mehr oder weniger radikalen Positionen in der PLO, auch nicht das Setzen auf Hussein sind Fakten und Probleme, auf die es ankommt, sondern Vorschläge, die den auf der West-Bank heranwachsenden jungen arabischen Palästinensern eine Perspektive für eine friedliche, demokratisch-selbstbestimmte Staatlichkeit geben.

Bleibt noch das Spekulieren über die Elemente des Teilabkommens auf der Halbinsel Sinai. Weder Jitzak Rabin noch Helmut Schmidt noch Henry Kissinger

haben dazu in Bonn einen Beitrag geleistet. Mangel an exakter Information, die die Verantwortlichen in dieser Phase nicht geben können, verleitet die Tagesjournalistik zu Mutmassungen über Rückgabe von Gebirgspässen, Flankenschutz für Militärflughäfen, Einrichtung und Besetzung von elektronischen Frühwarnstationen. Aber da man längst weiß, daß die Israelis zu beachtlichen, aus militärischer Sicht schwerwiegenden Konzessionen bereit sind, wäre es naheliegend, die Fragen vielmehr darauf zu richten, wie es um die Ägyptische Konzessionsbereitschaft steht. Es ist doch wohl berechtigt, daß die Israelis als Gegenleistung eines neuen Interimabkommens mehr als nur eine symbolische Äußerung über die Ägyptische Friedensbereitschaft erwarten. Es wäre nutzbringend, den Umstand einer Kritik zu unterziehen, daß Sadat bisher nicht bereit war, einer Politik der "offenen Brücken" an der Sinai-Grenzlinie zuzustimmen (wie sie seit zehn Jahren am Jordan für Araber praktiziert wird), daß er nicht bereit war, den Transport nicht-militärischer Güter für Israel durch den Suez-Kanal zu billigen, und daß er nicht bereit war, den Propagandekrieg auf Gegenseitigkeit abzubauen. Hier ist Kleinlichkeit erkennbar, der auf israelischer Seite eine beachtliche Bereitschaft zum Risiko gegenübersteht, um eine auf zunächst drei Jahre bemessene Periode relativer Ruhe an einer Front zu erreichen, die gebraucht wird und genutzt werden kann, um friedliche Dauerlösungen vorzubereiten.

Jitzak Rabin war in Berlin und in Bergen-Belsen. Der Bundeskanzler hat ihm für diese Abschnitte seines Deutschland-Besuchs gedankt. Sie waren wichtig für Rabin und für uns, denn Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft sind nichttrennbare Aspekte der weiteren Festigung guter Beziehungen zwischen dem deutschen Volk und dem Volk der Israeli. (-/14.7.1975/ks/ee)

+ + +

Der bodenlose Unsinn des Hans Filbinger

Zur Stuttgarter Kritik an der Bundesbaugesetznovelle

Von Peter Conradi MdB

Mitglied des Bundestageausschusses für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

Kurz vor der parlamentarischen Sommerpause hatten sich die Bonner Koalitionspartner über einen praktikablen Berechnungsmodus für Planungswertausgleich (Ausgleichsbetrag) und Erschließungskostenbeitrag im Bundesbaugesetz geeinigt. Die Planspiele über die Novelle des Bundesbaugesetzes hatten ergeben, daß die im Regierungsentwurf vorgesehene Anrechnung des Erschließungskostenbeitrages auf den Planungswertausgleich nicht praktikabel wäre. Die nun vorgesehene Regelung - 50 % der Wertsteigerungen als Ausgleichsbetrag, bezogen auf das erschließungsbeitragspflichtige Grundstück, also ohne Berücksichtigung des Erschließungskostenbeitrages, der dafür halbiert wird - ergibt im Einzelfall für den Zahlungspflichtigen die gleiche Belastung wie der Regierungsentwurf, dafür ist der Berechnungsmodus aber nun systemgerecht und praktikabel.

Über diesen "Kompromiß" ereifert sich nun der baden-württembergische CDU-Ministerpräsident Dr. Hans Filbinger. Sein Hauptärger gilt sicher der Tatsache, daß sich SPD und FDP in Bonn wieder einmal geeinigt haben, aber das kann er wohl nicht sagen. Dafür behauptet Filbinger frischweg, daß der Planungswertausgleich eine "dirigistische Preiskontrolle des gesamten Baulandmarktes" darstelle, eine "unerträgliche und verfassungspolitisch äußerst bedenkliche Belastung der Grundeigentümer" sei und "Schrittmacherdienste für eine Aufspaltung des Eigentums in ein Nutzungs- und ein Verfügungseigentum" leiste. Soweit der Ministerpräsident, der offenbar wieder einmal einem seiner übereifrigen Büchsenpanner im Staatsministerium aufgesessen ist, denn daß er über den Gesetzentwurf der Bundesregierung oder den nun vorgesehenen Berechnungsmodus Bescheid weiß, das kann man nach diesen Auslassungen nicht erwarten.

Dem CDU-Politiker Filbinger zu antworten, fällt leicht. Zitieren wir: "Die Sozialbindung des Eigentums ist dagegen durch ein neugeordnetes - soziales - Bodenrecht zu betonen. Entsprechend dieser Aufgabenstellung

sind neue bodenrechtliche Regelungen zu bejehen, die ... die teilweise Abschöpfung der Wertsteigerungen ermöglichen, die auf gemeindliche Planungen und Investitionen zurückgehen (Planungswertausgleich)." - "Mit dem Planungswertausgleich sollen die Gewinne angemessen abgeschöpft werden, die durch Maßnahmen der öffentlichen Hand ohne Beteiligung des Eigentümers eintreten. Die Bodenspekulation soll gedämpft, insbesondere sollen Anreize für eine spekulative Angebotzurückhaltung und eine spekulative Nachfrage beseitigt werden. Der Planungswertausgleich ermöglicht auch eine interessenneutralere Planung. Ein Planungswertausgleich mit dieser Zielsetzung ist grundsätzlich zu bejahen." - "Es ist möglich, den Planungswertausgleich zu einem brauchbaren bodenrechtlichen Instrument auszugestalten."

Nein, dies steht nicht in der Begründung der Regierungsvorlage zum Bundesbaugesetz, dies schreibt Dr. Bruno Merk, bayerischer CSU-Staatsminister des Innern, im Heft 2/1975 des Beamtenheimstättenwerks. Daß Merk mit den Einzelheiten des Regierungsentwurfs zum Planungswertausgleich nicht einverstanden ist, soll nicht verschwiegen werden - darüber wird es noch harte Diskussionen geben -, aber im Prinzip gibt es keinen Dissens. Ein CSU-Minister, der für "dirigistische Preiskontrolle, verfassungspolitisch bedenkliche Belastungen und für die Aufspaltung des Eigentums in Nutzungs- und Verfügungseigentum" ist - wenn man die Ansichten des Dr. Filbinger zugrundelegt.

Die CSU hatte sich übrigens auf ihrem Landesparteitag 1973 klar für den Planungswertausgleich ausgesprochen, ebenso die Fachkommission und der Bundesvorstand der CDU. Der CDU-Parteitag 1973 in Hamburg lehnte dann - vorwiegend auf Betreiben der hessischen und baden-württembergischen Delegierten - in einer Kampfabstimmung den Planungswertausgleich knapp ab. Dr. Filbinger hat also allen Grund, gegen den Koalitionskomprobiß zu wettern, ist doch die Opposition in dieser Frage tief gespalten: Es gibt keinen Alternativentwurf der Opposition zum Bundesbaugesetz! Darüber kann auch Filbingers bodenlos unsinnige Polemik nicht hinwegtäuschen.

(-/14.7.1975/hgy/pr)

Pressefreiheit und Zensur in Portugal

Zu den Auseinandersetzungen um die Zeitung "Republica"

Von Dr. Klaus-Detlef Funke

Mitglied der Medienkommission beim Vorstand der SPD

Pressefreiheit in Portugal ist mit bürgerlichen Maßstäben nicht zu messen. Daß Drucker und Setzer und Programmmitarbeiter den Anspruch erheben, am "geistigen Produkt" mitzuwirken, bzw. darüber mitzubestimmen, was in der Zeitung steht oder was gesendet wird, ist nicht neu. Solche Forderungen gibt es auch in der Bundesrepublik. Und was dahinter steckt, ist auch auch klar: Die Beschäftigten in der Technik, die eine Zeitung mitproduzieren oder den technischen Ablauf einer Sendung gestalten, möchten nicht Vollstrecker von Inhalten sein, mit denen sie sich nicht identifizieren können, bzw. die direkt gegen sie gerichtet sind. In der Bundesrepublik gibt es deshalb den sog. Tendenzschutzparagrafen, der sogar den Verleger vor der Meinung seiner Redakteure in grundsätzlichen Fragen schützt und Mitbestimmungsrechte im publizistischen und wirtschaftlichen Bereich gegen den Widerstand der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften bewußt ausschließt.

In Diktaturen vom Schlage Caetenos und Salazars gibt es solche Probleme nicht. Tragisch muß es jedoch anmuten, daß dem Chefredakteur von "Republica", Paul Rego, der einen oppositionellen Kurs gegen die portugiesische Diktatur bereits vor dem 25. April 1974 steuerte, jetzt sein Recht auf Meinungs-, Informations- und Pressefreiheit beschnitten wird. Ganz abgesehen davon, daß in dem Großteil der bundesdeutschen Presse nicht zu lesen ist, worum es inhaltlich bei den Auseinandersetzungen zwischen der "Republica"-Redaktion und den streikenden Druckern eigentlich gegangen ist, ist man auf den Kern dieser Auseinandersetzung - ob aus außenpolitischer Zurückhaltung oder tendenzieller innenpolitischer Eigenbetreffenheit - noch nicht gestoßen.

Ansatzpunkt einer Beurteilung dieser Auseinandersetzung muß der Pakt zwischen der Bewegung der Streitkräfte MFA und den Parteien in Portugal vom April dieses Jahres sein, in dem es über den nationalen Wiederaufbau heißt, er solle "innerhalb des politischen Pluralismus und des sozialisierenden Weges" in Freiheit verwirklicht werden. Politischer Pluralismus ist ohne ungehinderte Pressefreiheit nicht denkbar. Wenn das MFA einen eigenen Weg zum Sozialismus finden will, dann darf sie der Partei mit dem höchsten Wahlergebnis, den portugiesischen Sozialisten, den Weg zu den Redaktionsräumen und Satzmaschinen nicht verperren und das sozialistische Pluralisierungsgebot nicht zugunsten einer am Herstellungsprozeß einer Zeitung beteiligten Gruppe auslegen. Daß diese Gruppe der Drucker und Setzer wiederum in verschiedene politische Gruppen zerfällt, nämlich in Kommunisten, Maoisten und linksextreme Volksunionisten, muß endlich auch die bundesdeutsche Presse zur Kenntnis nehmen, weil man sonst zu falschen Schlußfolgerungen kommt.

Den Sozialisten muß die Möglichkeit wieder eingeräumt werden, eine eigene oder eine ihnen nahestehende Zeitung herauszugeben. Dies muß auch

mit einschließen, daß anderen an der Zeitungsherstellung beteiligten Gruppen nicht die Möglichkeit genommen wird, sich mit dem Endprodukt zu identifizieren. Das heißt, auch die Drucker und Setzer müssen an der geistigen Zeitungsherstellung beteiligt werden, und zwar so, daß die Meinungen und Aktivitäten der Gruppen, die sie vertreten, auch Platz in der "Republica" eingeräumt bekommen. Dies kann und darf jedoch nicht heißen, daß die eine politische Gruppe die andere überverteilt, und daß die Sozialisten ihre Positionen zurückziehen, bzw. auf deren Veröffentlichung gänzlich verzichten müssen. Was für die "Republica" gilt, muß selbstverständlich auch für die fünf von den sieben Tageszeitungen gelten, die durch die Nationalisierung der Banken in die Hand des MFA gefallen sind. Dessen Stärke und Richtung wird daran gemessen werden, inwieweit sie eine Pressefreiheit beim Aufbau eines spezifischen Sozialismus für Portugal gewährleisten; wenn dieser Sozialismus demokratisch sein soll, darf der Pluralismus nicht angezweifelt werden.

Am Beispiel von "Republica" zeigt sich, daß der Kampf um Pressefreiheit keine bloß theoretische, sondern höchst praktische Frage ist. Das weitere Schicksal dieser Zeitung wird seine Auswirkungen auch auf die Meinungsbildung der Sozialdemokraten und Sozialisten in den westeuropäischen Ländern haben. Sozialdemokraten waren und sind stets von der Notwendigkeit einer freien, kritischen Presse - auch in einer sozialistischen Zukunftsgesellschaft - überzeugt gewesen. Damit verbunden muß die Solidarität mit den portugiesischen Sozialisten sein, die sich berechtigterweise dagegen wehren und sich nicht vorstellen können, daß der Übergang vom Feudalkapitalismus Salazars und Caetanoes mit dem Abbau von Freiheiten verbunden wird, die bürgerliche Demokratien in größerem oder geringerem Maße zu ihrem festen Bestandteil zählen. Polemische und kritische Auseinandersetzungen, die zum Wesen der Presse gehören, werden durch Zensurmaßnahmen nicht aufgehoben, sondern einseitig gemacht. Für Marx und Engels hieß das in den Jahren 1848/49, daß dann aus einem offenen Kampf ein versteckter werde - "aus dem Kampf der Prinzipien ein Kampf des gewaltlosen Prinzips gegen die prinziplose Gewalt".

Die Zensur entstellt das Ringen um eine demokratische und sozialistische Gesellschaftsordnung in Portugal. Nur die pluralistische Konkurrenz freier Presseorgane wird zu einer echten und demokratischen Meinungsbildung des Volkes beitragen können. In diesem Bestreben müssen die bundesdeutschen Sozialdemokraten die portugiesische Bruderpartei unterstützen. Denn "die wahre, im Wesen der Pressefreiheit selbst gegründete Zensur ist die Kritik; sie ist das Gericht, das sie aus sich selbst erzeugt. Die Zensur ist die Kritik als Monopol der Regierung. Monopolistisch ausgeübte Kritik aber verliert ihren rationalen Charakter." (Karl Marx)

(-/14.7.1975/ks/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Freiler